

Musterbrief Ansprache Bürgermeister/innen

Sehr geehrte (r) Frau/Herr Bürgermeister/in,

viele Kommunen haben enorme finanzielle Schwierigkeiten, deshalb ist eine Reform der Gemeindefinanzierung dringend notwendig.

Als einzige Partei und Bundestagsfraktion hat die FDP ein umfassendes Konzept zur Reform der Gemeindefinanzen vorgelegt. Der darauf aufbauende Gesetzentwurf zur Grundgesetzänderung, den ich Ihnen zu Ihrer Information als Anlage beifüge, wurde am Freitag, 4. Juli 2003 im Plenum des Deutschen Bundestages in erster Lesung beraten.

Kernforderung des FDP-Reformvorschlags ist es, die konjunkturanfällige und bürokratische Gewerbesteuer durch ein Zwei-Säulen-Modell zu ersetzen: durch eine deutlich höhere Beteiligung an der Umsatzsteuer (von 2,2 Prozent auf 12 Prozent) und eine Kommunalsteuer mit eigenem Hebesatzrecht der Kommunen auf die Ertragsteuern.

Die FDP sieht in dem Zwei-Säulen-Modell die Möglichkeit, die Bedenken der bisherigen Kritiker eines Wegfalls der Gewerbesteuer ausräumen zu können: Zum einen wird das Steuersystem durch diese Reform einfacher und transparenter, die Steuereinnahmen der Kommunen werden gleichmäßiger, und der Wettbewerb zwischen den Gemeinden wird erhöht. Unser Modell ist zudem für Steuerzahler, Kommunen, Finanzämter und Unternehmen leicht umsetzbar.

Zum anderen werden die bislang von den kommunalen Spitzenverbänden gegenüber dem Zuschlagsmodell vorgebrachten Bedenken einer Benachteiligung gegenüber den Umlandgemeinden ausgeräumt, indem die Kommunalsteuer nach Wohnort- und Betriebsstätteneinkommen zerlegt und der deutlich erhöhte Umsatzsteueranteil wirtschaftskraftbezogen verteilt wird. Gleichzeitig wird auf diese Weise das Band zwischen Kommune und Wirtschaft nachhaltig gefestigt.

Als weitere Kernforderung spricht sich die FDP für die Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz aus: Danach wird der Bund verpflichtet, Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen, wenn er die Gemeinden oder Gemeindeverbände zur Erfüllung bestimmter Aufgaben verpflichtet. Wer bestellt, soll auch bezahlen.

Um die akute Finanznot der Kommunen unmittelbar zu lindern, enthält der FDP-Vorschlag die Forderung als Sofortmaßnahme die mit dem Steuersenkungsgesetz vom 23. Oktober 2000 vorgenommene Erhöhung der Gewerbesteuerumlage mit einem Volumen von rund 2,3 Mrd. Euro umgehend zurück zunehmen.

Über dieses Konzept würde ich gerne mit Ihnen in einen Dialog treten. Mich interessiert Ihre Meinung zu unseren Vorschlägen.

Ihrer Antwort sehe ich mit Interesse entgegen und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Ihr